

Die politische Einstellung Englands zu den baltischen Staaten 1940-1946*

von

Edgar Anderson

Seit dem Ende des Ersten Weltkrieges betrachteten die baltischen Staaten (Estland, Lettland, Litauen) England — ziemlich zu Unrecht — als ihren Förderer und Beschützer. Immerhin war England die erste Macht gewesen, welche die Möglichkeit baltischer Unabhängigkeit ernsthaft erwogen hatte. Die Hilfe seitens der britischen Marine sowie Kredite und Waffenlieferungen Englands ermöglichten es den baltischen Staaten, ihre Unabhängigkeit gegen bolschewistische, deutsche und „weiße“ russische Armeen zu verteidigen. Britische Kriegsschiffe, welche die baltischen Staaten auch während des Friedens regulär besuchten, begründeten das hohe Ansehen, das England von 1918 bis 1939 in den baltischen Staaten genoß.

Das Hauptinteresse Englands bestand jedoch darin, Rußland schwach zu wissen und Deutschland dem Baltikum fernzuhalten. England besaß beachtliche Handelsinteressen in den skandinavischen und baltischen Ländern und fand es zweckmäßig, die Knotenpunkte des russischen Handels mit dem Ostseeraum von Staaten überwacht zu wissen, die mit England befreundet waren. In den ersten Nachkriegsjahren beherrschte England buchstäblich das Ostseegebiet und unterband nicht nur den deutschen und bolschewistischen Ausbreitungsdrang, sondern zügelte zugleich auch das Verlangen seines Rivalen Frankreich, die tonangebende Macht in Europa zu werden. England bemühte sich auch, die Wirtschaft der baltischen Staaten zu monopolisieren, ein Versuch, der an der Konkurrenz der tüchtigen Deutschen scheiterte. Einerseits verhinderte England durch den Ankauf baltischer Landwirtschaftserzeugnisse den Zusammenbruch der baltischen Wirtschaft in den ersten Nachkriegsjahren. Andererseits jedoch übte England wirtschaftlichen Druck auf Lettland und Estland aus, als beide Staaten zu einem Zeitpunkt, wo die britisch-sowjetischen Beziehungen auf einem Tiefpunkt angelangt waren, ihren Handel mit der Sowjetunion erweitern wollten. Später störte es England allerdings nicht, hinter dem Rücken der baltischen Staaten mit der Sowjetunion Handel zu treiben. — Am Rande sei bemerkt, daß die baltischen Staaten in der Zwischenkriegszeit, besonders in den zwanziger Jahren, für England auch als Sprungbrett zur Ausspionierung der Sowjetunion Bedeutung besaßen.

Im allgemeinen gab England den baltischen Staaten nur moralische Unterstützung und unterließ es, sich militärisch, wirtschaftlich und politisch festzulegen. Kurz nach Kriegsende schlug England die Gründung einer skandinavisch-baltischen Allianz oder einer baltischen Entente vor

*) Vortrag, gehalten auf dem XXXIV. Baltischen Historikertreffen in Göttingen am 14. 6. 1981, ergänzt durch Anmerkungen.

und war verärgert, als diese Pläne nicht verwirklicht wurden. Als sich die baltischen Staaten im Herbst 1923 und im Dezember 1924 von sowjetischen Armeen bedroht fühlten, unterließ es England, seine Marine in die Ostsee zu schicken, obgleich die baltischen Staaten dies erbeten hatten. Statt dessen verkaufte England an die baltischen Staaten eine große Anzahl von Waffen in schlechtem Zustand — manche waren unbrauchbar — zu hohen Preisen.

Schon 1925 gab es klare Anzeichen dafür, daß England sich auf dem Kontinent nur bis zur Rheinlinie aktiv festlegen würde. Die falsche Vorstellung von der britischen Vorherrschaft in den baltischen Staaten blieb jedoch bis 1939 erhalten. Die Balten und ihre Regierungen wähten England als ihre Hauptstütze und ihren Verteidiger. In Wirklichkeit weigerte sich England jedoch, in Pläne, welche die Sicherheit Osteuropas garantieren sollten, verwickelt zu werden. England konnte sich wenig um die baltischen Staaten kümmern, da es mit den Problemen seines Empires vollauf beschäftigt war. Einige britische Staatsmänner erhofften sich eine tödliche Konfrontation zwischen den beiden totalitären Großmächten in Europa, dem nationalsozialistischen Deutschland und Sowjetrußland, da dies die demokratischen Systeme in der Welt retten könnte. Im Falle einer solchen Konfrontation wären die baltischen Staaten jedoch als erste zerstört worden. Als dann im Sommer 1939 England zusammen mit Frankreich und der Sowjetunion widerwillig eine Garantie anboten, zweifelten die baltischen Regierungen an der Aufrichtigkeit und Fähigkeit der britischen Regierung, die baltischen Staaten gegen Deutschland und, was noch wichtiger war, auch gegen die Sowjetunion schützen zu wollen.¹

Mangels militärischer Zusammenarbeit zwischen den baltischen Staaten existierte die Baltische Entente von 1934 nur auf dem Papier. Deshalb werteten die britischen Militärstrategen die baltischen Staaten nicht als Länder von militärischer Bedeutung, und sie unterließen es daher, diese in ihre Kriegspläne von 1939 und 1940 einzubeziehen.²

1) E. Anderson: The Role of the Baltic States Between the USSR and Western Europe, in: *East European Quarterly* VII (1973/74), Nr. 4, S. 386 f. Vgl. ferner zu diesem Komplex: E. Anderson: British Policy Toward the Baltic States, 1918—1920, in: *Journal of Central European Affairs* XIX (1959), Nr. 3, S. 276—278; ders.: An Undeclared Naval War: the British-Soviet Naval Struggle in the Baltic, 1918—1920, in: *Journal of Central European Affairs* XXII (1962), Nr. 1, S. 43—47; United States of America, Department of State, *Papers Relating to the Foreign Relations of the United States, Russia 1918, Washington 1931—32*, II, 849—41, 847; E. W. P. Newman: Britain and the Baltic, London 1930, passim; E. Anderson: The USSR Trades with Latvia, in: *Slavic Review* XXI (1962), Nr. 2, S. 308; J. D. Gregory: On the Edge of Diplomacy, London 1929, S. 87—88. — Zur Spionagetätigkeit vgl. P. W. Blackstock: *The Secret Road to World War Two*, Chicago 1969, S. 26, 89; D. Wise, T. B. Ross: *The Espionage Establishment*, New York 1967, S. 97—99; R. B. Lockhart: *Ace of Spies*, New York 1967, S. 131; J. Whitwell: *British Agent*, London 1966, S. 11 f., 51—143.

2) Great Britain, Public Record Office, Foreign Office (weiterhin zit.: F. O.), 371 — 24845, WP (40) 41, Na 736, 2. Febr. 1940.

Nachdem die baltischen Staaten der Sowjetunion erlaubt hatten, die ersten Militärstützpunkte in ihren Ländern zu errichten, schrieb der britische Gesandte in den baltischen Staaten, Charles W. O r d e , am 1. Januar 1940, daß diese nun praktisch auch aufgehört hätten, als selbständige Länder zu bestehen, wie sie schon 1934 aufgehört hätten, als demokratische Staaten zu existieren. Er wußte, daß Deutschland und die Sowjetunion sich gegenseitig tolerierten, solange sie schwach waren. Sobald sie an Stärke gewonnen hätten, würden sie sich gegenseitig in Schach halten. Nachdem sie ihre Differenzen beigelegt hätten, absorbierten sie die baltischen Staaten — der eine in seinen strategischen, der andere in seinen wirtschaftlichen Lebensraum. Es war Orde klar, daß die Staatsmänner der Alliierten nach einem alliierten Sieg nur dann entscheiden könnten, ob es einen Platz für freie souveräne baltische Staaten im Nachkriegseuropa geben sollte, wenn die Umstände dieselben sein würden wie im Jahre 1919. Er bezweifelte, daß die baltischen Staaten aus eigener Kraft eine Wiederherstellung und Aufrechterhaltung ihrer Autonomie erzielen könnten.³ Andere britische Diplomaten teilten seine Meinung.

Als der sittenstrenge Bibelleser Viscount Halifax, der damalige britische Außenminister, am 15. Juni 1940 von der sowjetischen Besetzung Litauens erfuhr, bemerkte er lakonisch: „Das läßt mich kalt!“⁴ England befand sich damals allein im Krieg gegen das nationalsozialistische Deutschland, das zu dem Zeitpunkt nahezu das ganze europäische Festland unter seiner Kontrolle hatte. Die Möglichkeit einer Verwicklung der Sowjetunion, die damals inoffiziell noch mit Deutschland verbündet war, in den Krieg gegen Deutschland verblieb Englands einzige, wenn auch schwache Hoffnung. Nachdem die sowjetische Armee das ganze Baltikum besetzt hatte, unterrichtete Sir Winston Churchill den britischen Botschafter in Moskau, Sir Stafford Cripps, „annehmen zu dürfen“, daß die Sowjetunion zu diesem Akt aus der „unmittelbaren Drohung und Größe“ der deutschen Gefahr gezwungen worden sei und daß sie aus Selbstverteidigungsgründen Maßnahmen ergriffen habe, die „andernfalls kritisiert werden könnten“.⁵

Im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten protestierte die britische Regierung nicht offiziell gegen die Eingliederung der baltischen Staaten in die UdSSR.⁶ Das britische Außenministerium hoffte, die „peinliche Frage“ der Anerkennung der Eingliederung der baltischen Staaten in die Sowjetunion so lang wie möglich nicht beantworten zu müssen. England war erleichtert, als die Schließung der Ostsee durch die Deutschen die Probleme ihres Handels mit den baltischen Staaten löste, der eine Stellungnahme zur sowjetischen Eroberung erfordert hätte.⁷

3) F. O., 371 — 24759, N383/383/59.

4) Sir H. Channon: Chips. The Diaries of Sir Henry Channon, hrsg. von R. Rh. James, London 1967, S. 258.

5) E. Ll. Woodward, Sr.: British Foreign Policy in the Second World War, Bd. I, London, 1970, S. 465 f., nach F. O., N5888/5853/30/59.

6) F. O., 371 — 24765, N6029/603/59.

7) Ebenda, 18. Juli 1940 — Sargent.

Die Hoffnung, einer solchen Stellungnahme entgehen zu können, wurde jedoch gedämpft, als schon vor der offiziellen Eingliederung der baltischen Staaten in die UdSSR die Staatsbank der UdSSR die Bank von England aufforderte, 559 474,778 Unzen des Goldvermögens der baltischen Staaten an die Staatsbank der UdSSR zu überweisen. Gleichzeitig riefen die von den Sowjets eingesetzten baltischen Scheinregierungen die baltischen Schiffe aus britischen Häfen zurück und verstaatlichten bzw. beschlagnahmten britisches Eigentum im Baltikum.⁸ Am 16. Juli 1940 befahl Hitler die Vorbereitung der Invasion Englands.⁹ England befand sich nun in der dunkelsten Stunde seiner Geschichte. Die Vereinigten Staaten sperrten am 15. Juli 1940 zur Sicherung ihrer und baltischer Interessen das gesamte baltische Vermögen in den Vereinigten Staaten.¹⁰

Am 21. Juli 1940 beschlossen die „neugewählten“ Regierungen von Estland, Lettland und Litauen die Eingliederung ihrer jeweiligen Länder in die UdSSR und begannen Verstaatlichungen und Beschlagnahmungen durchzuführen. Die britische Regierung weigerte sich, diese Wahlen und Verstaatlichungen als freiwillige Entscheidungen der baltischen Staaten zu betrachten.¹¹ Am 23. Juli protestierten die Gesandten dieser Staaten in London gegen die sowjetischen Maßnahmen in ihren Heimatländern.¹² Am selben Tag verurteilten die Vereinigten Staaten das Vorgehen der UdSSR in den baltischen Staaten.¹³ Um eine Verschlechterung ihrer Beziehungen mit der Sowjetunion zu vermeiden, erklärten sie jedoch insgeheim, daß sie die Bildung baltischer Exilregierungen nicht erlauben würden.¹⁴ Viscount Halifax bemerkte am 23. Juli 1940 zu den Protestschreiben der Gesandten Estlands, Lettlands und Litauens in London, daß er dazu neige, „die Ergebnisse von Verhandlungen, die so offensichtlich illegal waren, nicht anzuerkennen“. Er sah jedoch davon ab, die Sowjetunion offiziell zu verurteilen.¹⁵

Am 26. Juli schrieb Halifax einen Bericht über die baltischen Staaten für das Kriegskabinet¹⁶; darin bemerkte er, daß „die Eingliederung der baltischen Staaten während eines europäischen Krieges stattgefunden hat aus Gründen, die mit diesem Krieg verwickelt waren, und daß dieser Zustand nicht mit Gewißheit als permanent zu betrachten“ sei. Er glaubte, daß die Deutschen durch die sowjetrussischen Maßnahmen sehr verärgert

8) F. O., 371 — 24765, N6029/6031/603/59. Der Anteil Lettlands betrug 210 719,919 Unzen, derjenige Estlands 154 754,859 Unzen und Litauens 94 000 englische Unzen.

9) A. Rossi (A. Tascia): *The Russo-German Alliance August 1939 — June 1941*, Boston 1951, S. 124.

10) United States Department of State Bulletin, 8484, Nr. 56 vom 20. Juli 1940.

11) F. O., 371 — 24765, N6039/6045/1224/59.

12) Ebenda.

13) United States Department of State Bulletin, Bd. III, Nr. 52, S. 48, 27. Juli 1940 (Erklärung von Sumner Welles).

14) A. Dallin: *Soviet Russia's Foreign Policy 1939—1942*, übersetzt von L. Dennen, New Haven 1941, S. 26.

15) F. O., 371 — 24765, N 6039/6045/1224/59.

16) F. O., 371 — 24761, N6081/1224/59; WP (40) 287.

seien. Englands voreilige Anerkennung der Eingliederung würde demnach der deutschen Regierung die Möglichkeit geben, sich als Beschützer kleiner Staaten aufzuführen. Dies würde in den neutralen Ländern, die den russischen Vormarsch sorgenvoll betrachteten, dem guten Ruf Englands schaden. Besonders die Regierung und die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten würden einen entgegengesetzten Kurs Englands ohne überzeugende Gründe leicht übelnehmen. Viscount Halifax überdachte die Vorteile, die England von Sowjetrußland im Falle einer Anerkennung erhalten würde. Er kalkulierte gleichermaßen die Nachteile, die entstehen könnten, würde England die Maßnahmen der Sowjetunion verurteilen. England besaß beachtliche Kapitalanlagen in den baltischen Staaten. Alle waren verloren. Das britische Außenministerium sperrte deshalb die baltischen Guthaben in England und hoffte, dies als Waffe zum Schutz britischer Interessen verwenden zu können.

Würde England die sowjetischen Maßnahmen in den baltischen Staaten akzeptieren, gäbe es für die Regierung keinen legalen Grund, die Guthaben zu sperren. Dagegen ermöglichte eine Nichtanerkennung die Verwendung baltischer Schiffe, die sich in britischen Häfen befanden, als Ersatz für britische Schiffe, die schon Opfer deutscher U-Boote und Flugzeuge geworden waren.

Das britische Außenministerium wollte den baltischen Gesandten in London offiziell keine Antwort geben, sondern ihnen privat und mündlich empfehlen, daß sie nicht auf einer offiziellen Regelung der Frage bestehen sollten. Würden sie diesen Wunsch beachten, so würden ihre Namen weiterhin auf der Diplomatenliste stehen und ihre diplomatische Unverletzlichkeit respektiert werden. Zur gleichen Zeit war das Außenministerium jedoch bereit, die Legalität der sowjetischen Anexions der baltischen Staaten de facto anzuerkennen. Das Außenministerium war allerdings nicht für eine De-jure-Anerkennung von Landabtretungen und Autonomieverlusten, die während des Krieges oder als Ergebnis des Krieges stattgefunden hätten. England wollte sich für die Friedensverhandlungen eine freie Hand bewahren.

Das Außenministerium wollte sofort Anspruch auf Entschädigung im Namen aller britischen Interessenten erheben, deren Güter in den baltischen Staaten verstaatlicht oder beschlagnahmt worden waren. Die britische Regierung würde diese Entschädigung dem Goldvermögen der baltischen Staaten entnehmen und über den Rest des Goldes mit den Sowjets verhandeln. Im Rahmen einer allgemeinen Regelung, die einen Handelsvertrag einschloß, war Halifax auch bereit, die Eigentumsfrage der baltischen Schiffe mit der Sowjetunion zu besprechen.

Am 29. Juli 1940 akzeptierte das britische Kriegskabinett Halifax' Vorschlag.¹⁷ Einige linksextreme britische Diplomaten, so zum Beispiel Sir Stafford Cripps und Douglas Mackillop, bestanden auf einer sofortigen De-jure-Anerkennung der sowjetischen Eroberung und bekundeten damit

17) F. O., WM (40) 214; 371 — 24761, N6081/1224/59.

ihre Geringschätzung der baltischen Staaten. Das britische Außenministerium widersetzte sich jedoch ihrem Druck.¹⁸

Am 6. August erklärte das britische Außenministerium, daß Englands Kapitalanlagen in den baltischen Staaten einen Wert von 3 848 000 Pfund besitze, daß der Wert des baltischen Goldvermögens in der Bank von England 3 866 000 Pfund betrage und daß die lettische Handelskommission ungefähr 1 000 000 Pfund in verschiedenen britischen Banken deponiert habe.¹⁹ Am 17. August bekannte das Ministerium jedoch, daß der eigentliche Wert des britischen Eigentums in den baltischen Staaten 1 500 000 Pfund nicht überschreite.²⁰

Am 8. August 1940 beschloß das britische Kriegskabinett, die Entscheidung in der Baltenfrage aufzuschieben. England würde aus einer Nichtanerkennung keine Vorteile ziehen, wohl aber könnte dadurch eine Entfremdung Sowjetrußlands gegenüber England eintreten. Sollte England jedoch eine De-facto-Anerkennung vornehmen, so würde es schwierig sein, eine sowjetische Annexion Finnlands nicht zu akzeptieren.²¹ Als Sir Stafford Cripps die sowjetische Forderung nach einer De-jure-Anerkennung der sowjetischen Baltenrepubliken und die Ausweisung der baltischen Gesandten aus England unterstützte, informierte ihn das britische Außenministerium am 22. August, er solle nicht auf einer Antwort bestehen, diese könne nur negativ ausfallen.²² Am 4. September erklärte der Parlamentsuntersekretär des Außenministeriums, Richard Butler, dem sowjetischen Botschafter Ivan Maiskij, daß England in Fragen der baltischen Staaten auf amerikanische Empfindlichkeit Rücksicht nehmen müsse. „Die Sowjets hätten im Baltikum viel erreicht, sie sollten jedoch verstehen, daß England gewisse sentimentale und praktische Interessen in diesem Teil der Welt habe. ... Unsere Einstellung zum Hinscheiden dieser Staaten ist weder unvernünftig noch melancholisch. Ein anständiges Verhalten bei der Beerdigung wäre jedoch sicherlich das, was er [Maiskij-E. A.] von diesem Land erwartet hätte“, waren Butlers sarkastische Abschiedsworte.²³

Am 5. September 1940 erklärte der britische Premierminister, Sir Winston Churchill, im Unterhaus des britischen Parlaments, daß England „territoriale Verschiebungen, die während des Krieges stattgefunden hätten, nicht anzuerkennen gedenke, es sei denn, sie seien mit der freiwilligen Zustimmung und dem guten Willen der Betroffenen geschehen“.²⁴ Auf

18) F. O., 371 — 24761, N6045/6081/1224/59; Woodward (wie Anm. 5), Bd. I, S. 598, nach F. O., N6881/6819/2039/59; W. L. Langer, E. S. Gleason: The Undeclared War, 1940—1941, New York 1953, S. 123.

19) F. O., 371 — 24763, N6177/2039/59; auch N6042/2039/59. Kapitalanlagen in Lettland: annähernd 1.788.000 Pfund, in Litauen: 600.000 Pfund, in Estland: 1.460.000 Pfund; Goldvermögen Lettlands: 1.770.000 Pfund, Anteil Litauens: 796.000 Pfund, Estlands: 1.300.000 Pfund.

20) F. O., 371 — 24764, N6436/2039/59.

21) F. O., 371 — 24761, N5081/4220/15; WM (40) 222.

22) F. O., 371 — 24765, N6209/6031/59.

23) F. O., 371 — 24845, N6559/30/59.

24) F. O., 371 — 24761, N6581/1224/59.

Botschafter Maiskijs Ersuchen um Übergabe des baltischen Vermögens in Höhe von 4 Millionen Pfund antwortete Halifax mit Englands Forderung nach 5 Millionen Pfund (sic!). Rußland müsse für das beschlagnahmte britische Eigentum zahlen, oder England würde das baltische Gold behalten. Gleichfalls wolle England bis Ende des Krieges die baltischen Schiffe benutzen und den Sowjets möglicherweise nach dem Kriege eine Miete dafür zahlen. Bezüglich der Übernahme der baltischen Gesandtschaften riet er Maiskij, in dieser Sache nicht weiter zu drängen.²⁵ Andererseits erklärte der Leiter der Abteilung Nord des Außenministeriums, Laurence Collier, dem lettischen Gesandten Kārlis Zariņš (Charles Zarine) am 11. September, daß die britische Regierung geflohenen lettischen Politikern, die nach England kommen wollten, um einen Nationalrat (Exilregierung) zu bilden, keine Visa geben würde. England wolle Schwierigkeiten mit Rußland vermeiden, und es sei britisches Prinzip, im Kriege nur solche Ausländer aufzunehmen, welche der britischen Kriegswirtschaft von Nutzen sein würden. Ein lettisches Nationalkomitee im Ausland besäße keine Vollmacht, außer der, welche es bei einer eventuellen Friedenskonferenz durch die Anerkennung der dort Anwesenden erhalten würde. Es könne dann sogar sein, daß es, wenn es stark genug sein sollte, einer Regierung gleichwertig betrachtet würde.²⁶

Während der stellvertretende Außenminister der Sowjetunion, Andrej Vyšinskij, am 14. September zugab, daß die sowjetische Regierung keinen gesetzlichen Anspruch auf das baltische Gold habe²⁷, benachrichtigte der amerikanische Außenminister Cordell Hull den Berater der britischen Botschaft, Nevil Butler, daß England frei nach seiner Wahl die baltische Frage entscheiden könne. Die Vereinigten Staaten jedoch würden die Annexion der baltischen Staaten durch Rußland nicht anerkennen und würden die gesperrten Guthaben nicht an Rußland freigeben.²⁸

Gemäßigt durch die amerikanische und auch polnische Einstellung zur Baltenfrage, entschied das britische Kriegskabinett am 15. Oktober 1940, England würde seine Prinzipien kompromittieren, wenn es eine Erklärung abgäbe, die auf eine De-jure-Anerkennung des russischen Überfalls auf Osteuropa schließen ließe, daß es jedoch Gründe dafür gebe, die Situation de facto anzuerkennen — ein Umstand, an dem England bis zum Ende des Krieges nichts ändern könnte.²⁹ Die britische Regierung wollte Schwierigkeiten mit der polnischen Exilregierung und amerikanischen Regierung vermeiden. Präsident Franklin D. Roosevelt hatte am 15. Oktober 1940 zu einer litauisch-amerikanischen Delegation gesprochen und betont, daß „die kleinste Nation das gleiche Recht auf Unabhängigkeit hätte wie die größte . . . und daß die Zeit kommen würde, wo Litauen wieder frei sein würde“.³⁰

25) F. N., 371 — 24761, N6454/2039/59.

26) F. O., 371 — 24761, N6581/1224/59.

27) F. O., 371 — 24764, N6594/2039/59; Sir Stafford Cripps.

28) Langer/Gleason (wie Anm. 18), S. 122 f.; C. Hull: Memoirs, Bd. I, New York 1948, S. 811 f.

29) F. O., 371 — 24845, N6875/30/39; WM (40) 271.

Ermutigt durch die amerikanische Haltung und Vyšinskijs vorsichtiges Auftreten in dieser Angelegenheit, übernahm die britische Regierung die baltischen Schiffe, die sich in den Häfen des britischen Empires befanden. England unterließ es jedoch, die Schiffe zu beschlagnahmen. Bis zum 23. Oktober 1940 hatte England 24 baltische Schiffe mit zusammen 37 641 Bruttoregistertonnen übernommen. Zwanzig von ihnen waren estnische Schiffe mit 31 154 BRT, drei waren lettische mit 6 481 BRT und ein Schiff von 6 BRT war litauisch. Zwei weitere Schiffe waren im Besitz des Gerätes.³¹ Die Besatzungsmitglieder dieser Schiffe, die ihre estnische, lettische oder litauische Staatsbürgerschaft behalten wollten, konnten weiterhin auf diesen Schiffen arbeiten. Personen mit kommunistischer Einstellung war es erlaubt, in ihre Heimat zurückzukehren.³² Die britische Regierung wies darauf hin, daß die Übernahme der Schiffe eine diesbezügliche zufriedenstellende Vereinbarung zwischen England und der Sowjetunion nicht ausschloß. Die Sowjetunion schenkte dieser Ausführung keinen Glauben und rächte sich mit Nichtzahlung der halbjährlich fälligen Entschädigungsrate für die Lena-Goldfelder in Höhe von 92 500 Pfund. England war auch bereit, sowjetische Ansprüche auf baltisches Gold anzuerkennen, vorausgesetzt, es könnte Ansprüche auf beschlagnahmtes britisches Eigentum in den baltischen Staaten daraus befriedigen. England und die Sowjetunion konnten auf ihre jeweiligen Ansprüche verzichten oder eine Entscheidung bis auf weiteres verschieben.³³

In der Zwischenzeit fuhren die baltischen Gesandten und Konsuln fort, baltische Seeleute zu unterstützen und baltisches Kapital und Eigentum aus der Rechtsgewalt der britischen Regierung zu ziehen. Am 8. November wurde den baltischen Gesandten eine Möglichkeit gegeben, antibaltischer und prosovjeterischer Propaganda in England entgegenzutreten.³⁴ Die Lage änderte sich, als Sir Anthony Eden britischer Außenminister wurde. Er sorgte dafür, daß die baltischen Gesandten nicht zu seiner Amtseinführung eingeladen wurden, und entschied kurz danach, daß sie auch in Zukunft nicht von ihm empfangen würden. Die Verbindung, die ihnen nun noch verblieb, war der private Briefverkehr mit dem Leiter der Abteilung Nord, Laurence Collier. Die baltischen Gesandten waren über diese Nachricht, die sie am 6. Januar 1941 erreichte, sehr verärgert.³⁵

Am 21. April 1941 erklärte E d e n dem britischen Kriegskabinet, daß die sowjetische Regierung die baltische Frage immer noch als „Haupthindernis“ beim Abschluß eines Abkommens mit England betrachte. Er glaube jedoch weiterhin, daß England keine Zugeständnisse in dieser Sache

30) A. B i l m a n i s : *Baltic Essays*, Washington, D.C. 1945, S. 188; W. R o o t : *The Secret History of the War*, Bd. III, New York 1946, S. 316.

31) F. O., 371 — 24764, N6979/2039/39; WM (40) 287.

32) F. O., 371 — 24764, N6979/2039/99.

33) D a l l i n (wie Anm. 14), S. 323; W. P. C o a t e s, Z. K. C o a t e s : *A History of Anglo-Soviet Relations*, London 1944, S. 648.

34) F. O., 371 — 24764, N7146/2039/59.

35) Ebenda; F. O., 371 — 29261, N71/44/59, N4940/44/59; A. C a m p b e l l - J o h n s o n : *Eden. The Making of a Statesman*, New York 1955, S. 188.

machen sollte, vorausgesetzt, es würde daraus Nutzen ziehen. Am nächsten Tage schrieb ihm Churchill: „Die sowjetische Regierung ist sich der Gefahren bewußt und weiß, daß England russische Hilfe benötigt. Wenn Sie [Eden-E. A.] einfach diese Dinge auf sich beruhen lassen, werden Sie mehr erreichen, als wenn Sie mit krampfhaften Anstrengungen sie [die sowjetische Regierung] ihrer Gunst versichern, da dies auf Schwäche schließen läßt, und sie ermutigt sich, sich als stärker einzuschätzen, als sie ist. Jetzt ist der Moment gekommen, wo wir uns ernsthaft zurückhalten müssen. Sollen die sich darüber Sorgen machen.“³⁶

Während in ganz Europa die deutschen Streitkräfte mit der Sicherung ihrer Eroberungen beschäftigt waren, verstärkten die Sowjets ihre Grenzgebiete. Am 17. Mai 1941 erhielten alle ausländischen Diplomaten in Moskau vom Sowjetischen Kommissariat für auswärtige Angelegenheiten ein Rundschreiben, in dem mitgeteilt wurde, daß sie die russischen Grenzgebiete einschließlich der baltischen Länder nicht mehr besuchen könnten.³⁷ Die Sowjets begannen dort mit Truppenansammlungen und trafen Vorbereitungen für die Deportation von Teilen der polnischen und baltischen Bevölkerung aus ihrer Heimat in die Arktis und die sowjetischen Wüstengebiete. In der dritten Maiwoche erklärte Hitlers Stellvertreter Rudolf Heß, der nach Schottland geflogen war, britischen Politikern, daß Deutschland in Kürze die Sowjetunion angreifen würde, und bat um Friedensverhandlungen zwischen England und Deutschland. Churchill wollte nichts davon wissen und gab die Nachricht an die sowjetische Führung weiter. Die sowjetische Regierung sah darin jedoch eine britische Herausforderung und argwöhnte einen anglo-amerikanischen Versuch, einen Keil zwischen Deutschland und Rußland zu treiben. Die britisch-sowjetischen Beziehungen hatten ihren Tiefstand erreicht. Da die Sowjets seine Warnung nicht ernstgenommen hatten, rief Churchill Botschafter Cripps nach England zurück. Als am 22. Juni 1941 der deutsch-russische Krieg ausbrach, besaß England keinen Botschafter in Moskau. Der Angriff des nationalsozialistischen Deutschland hatte jedoch England und die Sowjetunion automatisch zu Verbündeten gemacht.³⁸

Damit erhielt die baltische Frage eine neue Bedeutung, und die britische Einstellung den baltischen Staaten gegenüber wurde noch undurchsichtiger. Die britisch-baltischen Beziehungen mußten sich nun noch einer größeren Probe unterwerfen.

Am 14. Juni 1941, dem Tag, an dem die sowjetischen Behörden an die 50 000 oder mehr baltische Männer, Frauen und Kinder gewaltsam nach Sibirien deportierten, überraschte der britische Botschafter in Washington, Viscount Halifax, den amerikanischen Unterstaatssekre-

36) Woodward (wie Anm. 5), Bd. I, S. 611, nach F. O., N1725/3 38.

37) United States of America, Department of State, Papers Relating to the Foreign Relations of the United States (weiterhin zit.: U.S. For. Rel.), 1941, Washington, D.C. 1962, Bd. I, S. 881 f.; Dallin (wie Anm. 14), S. 367; „New York Times“ vom 21. Juni 1941.

38) J. Scott: *Duel for Europe. Stalin Versus Hitler*, Boston 1941, S. 260.

tär des Außenministeriums, Sumner Welles, mit zynischen Bemerkungen über die baltischen Staaten. Seiner Ansicht nach verdiente die baltische Bevölkerung weder Rücksicht noch Respekt. Er könne sich vorstellen, fuhr Halifax fort, daß England in der Lage, in der es sich befinde, zwecks militärischer Zusammenarbeit mit den Sowjets nicht abgeneigt wäre, die sowjetischen Ansprüche auf das Baltikum (und dessen Bevölkerung) anzuerkennen. Welles warnte Halifax, daß Englands Prinzipien sehr geschwächt würden, sollte es solche politische Maßnahmen ergreifen und den sowjetischen Anspruch auf Beute anerkennen.³⁹

Am 24. Juni gab Churchill Sir Stafford Cripps Anweisung, sich an Stalin zu wenden. Falls die baltischen Staaten zur Sprache kämen, sollte Cripps „vorgeben zu glauben“, daß die russischen Maßnahmen in den baltischen Staaten durch die „unmittelbare Drohung und Größe“ der deutschen Gefahr für Rußland ausgelöst worden seien und daß Rußland daher genügend Anlaß gehabt habe, aus Selbstverteidigungsgründen Maßnahmen zu ergreifen, die „andernfalls kritisiert werden könnten“.⁴⁰ Das war gut gesagt: Das amerikanische Außenministerium war jetzt ernst um den politischen Status der baltischen Staaten besorgt. Der Assistenzsekretär im amerikanischen Außenministerium, Adolf A. Berle, bemerkte, daß „die ganze Sache verdammt gefährlich war“.⁴¹

Ein diplomatischer Zwischenfall ereignete sich während eines Abendessens, an dem der britische Regierungsbeamte A. D. Marris teilnahm. Berle und der Stellvertretende Leiter für Osteuropäische Angelegenheiten im amerikanischen Außenministerium, Loy W. Henderson, kritisierten Marris wegen der britischen Einstellung gegenüber den baltischen Staaten. Beide waren der Ansicht, daß Englands Absicht, „die baltischen Staaten zu verkaufen“, der größte Fehler sei, den England machen könnte. Sie betonten nachdrücklich, wie wichtig es sei, der amerikanischen Öffentlichkeit den Glauben zu lassen, daß die Grundsätze der britischen Politik auf Prinzipien und nicht auf Zweckmäßigkeit beruhten. Würde die amerikanische Öffentlichkeit herausfinden, daß sich die britische Politik in keiner Weise von der des nationalsozialistischen Deutschland oder der Sowjetunion unterschied, würde es für die Vereinigten Staaten schwierig sein, mit England zusammenzuarbeiten.⁴²

Bei der Unterzeichnung des britisch-sowjetischen Abkommens zur gegenseitigen Unterstützung und zur Ablehnung eines Separatfriedens mit Deutschland am 12. Juli 1941 erwähnte England die Frage der Anerkennung der sowjetischen Herrschaft über die baltischen Staaten nicht. Der britische Historiker David Kirby stellte zu Recht fest, daß die britische Regierung damit die Gelegenheit verpaßt habe, den Sowjets ein Prinzip darzulegen, welches später in die Atlantik-Charta aufgenommen wurde.⁴³

39) U.S. For. Rel., 1941, S. 759—761.

40) Woodward (wie Anm. 5), Bd. I, S. 465 f.

41) Langer/Gleason (wie Anm. 18), S. 556 f.

42) F. O., 371 — 29261, N4124/4124/59.

43) Ebenda; D. Kirby: *Morality or Expediency? The Baltic Question in British-Soviet Relations, 1941—1942*, in: *The Baltic States in Peace and War*

Am 17. Juli bezeichnete Neville B u t l e r von der britischen Botschaft in Washington amerikanische Äußerungen, in denen die britischen Absichten im Baltikum als ruchlos bezeichnet wurden, als irritierend. Solche Äußerungen ignorierten seiner Ansicht nach die Risiken, die England im Jahre 1939 bezüglich der Unverletzlichkeit der Souveränität der baltischen Staaten auf sich genommen habe.⁴⁴ Man kann jedoch über den „Altruismus“ der britischen Absichten 1939 seine Zweifel haben.

Als die baltischen Gesandten im Sinne der Atlantik-Charta, die am 14. August 1941 unterzeichnet worden war, formell gegen die deutsche und indirekt gegen die sowjetische Besetzung Estlands, Lettlands und Litauens protestieren wollten, vereitelte das britische Außenministerium diesen Schritt am 20. August.⁴⁵ Am 22. August drückte Sir Orme C. S a r g e n t vom britischen Außenministerium sein Mißfallen über die baltischen Gesandten aus, die „sich das Recht anmaßen, der britischen Regierung ihre Abneigungen und Ansichten betreffs des internationalen Status ihrer Länder sowie der Atlantik-Charta in offiziellen Noten mitzuteilen“. Er sagte in einer Erklärung: „Die Gesandten sind hier nur geduldet. Sie vertreten nur ihre eigenen Interessen und sonst nichts und sollten sich nicht in politische Fragen einmischen, über die zu sprechen sie nicht befugt sind.“⁴⁶ Die Gesandten und Botschafter west- und mitteleuropäischer Länder, in denen die Russen nicht Fuß gefaßt hatten, konnten jedoch ihre Meinung äußern!

Am 26. August 1941 bestimmte Eden, daß die baltischen Gesandten nicht mehr das Recht besitzen sollten, im Außenministerium in politischen Fragen vorzusprechen, und daß sie dort nicht mehr als offizielle Vertreter ihrer Länder empfangen werden sollten. Ihre offiziellen Noten sollten durch die Post geschickt werden und nicht persönlich überbracht werden können, ihr Eingang sollte auch nicht mehr offiziell bestätigt werden. Diese Behandlung war für die baltischen Gesandten sehr entwürdigend. S a r g e n t gab offen zu, daß die sowjetische Botschaft mit Sicherheit von dem Verhalten Englands gegenüber den baltischen Gesandten erfahren würde und daß dies, wenn es bei der bisherigen Regelung bliebe, für England nur Unannehmlichkeiten zeitigen würde. Am 13. September modifizierte Eden seine Einstellung, indem er zwischen gewöhnlichen Verwaltungsfragen und politischen Fragen unterschied. Das Außenministerium sollte Verwaltungsfragen mit den baltischen Gesandten auf offizieller Ebene erörtern, während politische Fragen nicht offiziell mit ihnen besprochen werden würden.

Das Außenministerium mußte äußerst vorsichtig sein, nachdem das Kabinettsmitglied J. T. M o o r e - B r a b a s o n während einer offiziellen Rede lächelnd bemerkt hatte, er hoffe, das nationalsozialistische Deutsch-

1917—1945, hrsg. von V. S. V a r d y s und R. J. M i s i u n a s, University Park, London 1978, S. 100.

44) F. O., 371 — 29261, N4124/4124/59.

45) Ebenda.

46) F. O., 371 — 29261, N4784/44/59, N4940/44/59.

land und die Sowjetunion würden sich gegenseitig vernichten. Die Sowjets waren über diese Bemerkung nicht erfreut.⁴⁷

Im Dezember 1941 stürzte das Gefüge der Pläne Stalins zusammen. Das Gebiet, das er sich durch seinen Pakt mit Hitler ergattert hatte, und die gewonnene Atempause halfen ihm nicht mehr. Die Deutschen standen vor Moskaus Toren und Stalin hatte niemand als sich selbst Vorwürfe zu machen. Es war jedoch für Stalin typisch, dieses militärische Fiasko in einen politischen Vorteil umwandeln zu wollen. Er wußte, daß die westlichen Demokratien befürchteten, er könnte sich nochmals mit dem nationalsozialistischen Deutschland einigen und somit Hitler die Vormachtstellung in Europa geben.

Als E d e n im Dezember 1941 Moskau besuchte, verlangten die Sowjets von England die Anerkennung der russischen Grenze vom Juni 1941 (einschließlich der baltischen Staaten). Eden widersetzte sich dieser Forderung und kehrte nach England zurück. Später schrieb er: „Wir hatten uns verpflichtet, Änderungen im Status eines Staates nicht de jure anzuerkennen, wir konnten auch das [baltische] Gold nicht aufgeben. . . , viel weniger die [baltischen] Schiffe, die einen Teil unseres Schiffsbestands darstellten. Die Russen gaben sich auch keine Mühe, zu einem Übereinkommen zu gelangen. Sie stellten nur fest, daß es notwendig sei, die baltische Frage zu klären, bevor sich unsere Beziehungen verbessern könnten.“⁴⁸ Am 19. Dezember beschloß das britische Kriegskabinett, daß die russischen Bedingungen nicht annehmbar seien.⁴⁹ C h u r c h i l l erklärte am 20. Dezember unumwunden: „Die Zeit für Grenzzwischenentscheidungen ist noch nicht gekommen. . . . Die Russen müssen sowieso weiterhin um ihr Leben kämpfen und sind auf unsere umfangreichen Lieferungen angewiesen.“⁵⁰

Als Eden wegen der Notwendigkeit einer engeren Zusammenarbeit mit der Sowjetunion Churchill die sofortige Anerkennung der sowjetischen Ansprüche vorschlug, schäumte dieser vor Wut. Eden stützte sein Argument auf die Prämisse, daß nach dem Kriege weder England noch die Vereinigten Staaten das Schicksal der baltischen Staaten ändern könnten, da Rußland auf seine Sicherheit bedacht sei. Churchill, der Historiker, wußte, daß die baltischen Staaten nur kurze Zeit unter dem sowjetischen Joch gestanden hatten und daß diese seit dem russischen Bürgerkrieg als europäischer Vorposten gegen den Bolschewismus gedient hatten. Am 8. Januar 1942 schickte C h u r c h i l l ein äußerst kritisches Memorandum an Eden, in dem er ausführte, daß „die baltischen Staaten durch Raub

47) S c o t t (wie Anm. 38), S. 283.

48) A. E d e n, Earl of Avon: *The Memoirs of Anthony Eden Earl of Avon. The Reckoning*, Boston 1965, S. 305 f.; vgl. auch K i r b y (wie Anm. 43), S. 162; *Survey of International Affairs, 1939—1946: America, Britain and Russia, Their Cooperation and Conflict, 1941—1946*, hrsg. von A. J. T o y n b e e, London 1958, S. 165 f.

49) E d e n, S. 335; U.S. For. Rel., 1942, Bd. III, S. 494—501; W o o d w a r d (wie Anm. 5), Bd. II, S. 234.

50) The Rt. Hon. W. L. S p. C h u r c h i l l: *The Second World War. The Grand Alliance*, New York 1950, S. 629 f.

und im schamlosen Einverständnis mit Hitler erobert wurden. Eine Zwangsverschickung der baltischen Bevölkerung nach der Sowjetunion würde gegen alle Prinzipien verstoßen, für die wir in diesem Krieg kämpfen, und es würde unseren Kampf entehren.“ Die Freundschaft mit den Vereinigten Staaten war für ihn wichtiger als die Zusammenarbeit mit dem kommunistischen Rußland. Er beschloß, daß die Grenzfrage nur auf einer Friedenskonferenz entschieden werden könnte.⁵¹

Eden ließ sich jedoch nicht überzeugen und war entschlossen, engere Verbindungen mit den Russen aufzunehmen, obgleich dies gegen die Prinzipien der Atlantik-Charta verstieß. Im Winter 1941/42 erlitten die westlichen Alliierten mehrere Niederlagen, während die Sowjetunion sich gegen Hitler behaupten konnte. Am 28. Januar 1942 brachte Eden die baltische Frage nochmals zur Sprache. Er erklärte, seiner Ansicht nach würde eine starke russische Präsenz im Baltikum, die Deutschland zurückhalten würde, in Englands bestem Interesse sein, vorausgesetzt, die Sowjetunion unterstützte den Plan der Engländer, das Recht zur Errichtung von Stützpunkten auf dem europäischen Festland zu gewinnen. Er verglich die sowjetische „amoralische“ Forderung mit der „übertrieben moralischen“ Einstellung der Vereinigten Staaten. Er gab jedoch zu, daß England, wenn es zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion wählen müßte, die anglo-amerikanische Zusammenarbeit als natürlicher und notwendiger als die anglo-sowjetische betrachten würde.⁵²

Während einer Sitzung des Kriegskabinetts am 6. Februar 1942 schlug Eden bezüglich des baltischen Problems drei Möglichkeiten vor: 1) Stalins Forderungen anzunehmen, vorausgesetzt, die Vereinigten Staaten würden ihre Zustimmung dazu geben; 2) der Sowjetunion das Recht auf Stützpunkte in den baltischen Staaten einzuräumen (Eden zog diese Lösung vor); 3) der Sowjetunion die Kontrolle über Verteidigungs- sowie außenpolitische Fragen in den baltischen Staaten zuzugestehen (Halifax' Vorschlag). Das Kabinett entschied sich für den ersten Vorschlag.⁵³

Nachdem der sowjetische Botschafter, Ivan M. Maiskij, gegen die Anwesenheit der baltischen Gesandten in London protestiert hatte, erörterten einige Mitglieder des Außenministeriums dieses Problem und schlugen vor, die Namen der baltischen Gesandten aus der Liste der diplomatischen Vertreter zu entfernen. Das Außenministerium versuchte das Problem zu lösen, indem es die Veröffentlichung eines neuen diplomatischen Registers bis auf weiteres verschob.⁵⁴ Es bestand jedoch noch ein anderes Problem, nämlich das der baltischen Schiffe, die England requiriert hatte. Fünf Schiffe waren schon in Kampfhandlungen gesunken. Am 18. und 19. Februar 1942 traf der britische Botschafter in Washington, Viscount Halifax, mit dem Präsidenten der Vereinigten Staaten, Franklin D. Roosevelt, und Sumner Welles zusammen. Er konnte jedoch die Zustimmung für den

51) Ebenda, S. 694 f.; Kirby (wie Anm. 43), S. 162 f.

52) Eden, S. 370, 372.

53) F. O., 371 — WP (42) 48, N563/5/38.

54) F. O., 371 — 32435, N1040/5/38.

britischen Vorschlag zur Lösung der baltischen Frage nicht erhalten. Welles verglich den britischen Vorschlag mit einem „baltischen München“. Sogar Churchill war über diese Zurückweisung erbost.⁵⁵ Er verschlechterte die Lage jedoch noch, indem er Roosevelt ein Telegramm schickte, in dem er ihn mit folgenden Worten zu beeinflussen versuchte: „Der zunehmende Ernst des Krieges läßt mich erkennen, daß die Prinzipien der Atlantik-Charta nicht so ausgelegt werden sollten, daß Rußlands Grenzen, wie sie zur Zeit des deutschen Angriffs bestanden, in Abrede gestellt werden könnten, denn sie waren im wesentlichen die Basis, auf der Rußland ihr [der Atlantik-Charta] beitrug ... Dennoch hoffe ich, daß es Ihnen möglich ist, uns für das Abkommen, welches Stalin wünscht, freie Hand zu geben, so daß wir es so schnell wie möglich unterzeichnen können.“⁵⁶ Churchill wurde jedoch diese „freie Hand“ nicht gewährt. Leider hatte er Stalin von dem Vorhaben unterrichtet und damit Stalins Stellung gestärkt.⁵⁷ Die Einstellung der Vereinigten Staaten zur baltischen Frage wurde sehr durch die polnische Exilregierung beeinflußt.⁵⁸

Als Viscount Halifax am 30. März und 1. April wieder mit Welles zusammentraf, konnte er ihm nichts Neues zum Schutz der baltischen Bevölkerung vorlegen. Welles wollte Gewißheit haben, daß wenigstens all die Litauer, Letten, Esten und Finnen, die es vorzogen, nicht unter der sowjetischen Herrschaft zu leben, das Recht hätten, ihre Länder mit ihrem Eigentum und Vermögen zu verlassen. Er wünschte sich die Zusage Rußlands für einen „gegenseitigen Bevölkerungsaustausch“. Halifax versprach, etwas dafür zu tun. Berle protestierte und befand, „daß der gegenseitige Bevölkerungsaustausch nur eine höfliche Floskel sei, die in Wirklichkeit bedeute, daß die unglücklichen Menschen dieser Republiken, deren einziger Fehler es war, daß sie lebten, das Recht hätten, massenhaft ins Exil zu gehen“. Es gab keine Länder, die diese Menschen als „Austausch“ aufnehmen würden. Sie würden auch nicht in die Vereinigten Staaten eingelassen werden. Berle schlug vor, daß die Antwort der Vereinigten Staaten unverblümt und offen sein sollte. Sie verlangten Gewißheit, daß die Zufriedenstellung der russischen Interessen nicht auf Kosten der kulturellen und ethnischen Existenz der „freien, anständigen, strebsamen und schwer arbeitenden“ baltischen Bevölkerung ging, da diese in großer Gefahr war, vom Erdboden zu verschwinden. Berle beschrieb das britische Verhalten als nicht nur moralisch falsch, sondern auch als „außerordent-

55) Ebenda; Eden (wie Anm. 48), S. 375; U.S. For. Rel., 1942, Bd. III, S. 512—517.

56) Hull (wie Anm. 28), Bd. II, S. 1172; The Rt. Hon. W. L. Sp. Churchill: The Second World War. The Hinge of Fate, Boston 1950, S. 327 f.; Kirby (wie Anm. 43), S. 164.

57) Churchill, The Hinge of Fate, S. 328 f.; Woodward (wie Anm. 5), Bd. II, S. 241.

58) U.S. For. Rel., 1942, Bd. III, S. 106 f., 111—113, 123 f., 127 f.; J. Ciechanowski: Defeat in Victory, Garden City, New York 1947, S. 93—95; E. J. Rozek: Allied Wartime Diplomacy. A Pattern in Poland, New York 1953, S. 108.

lich dumm“ (extremely stupid).⁵⁹ Die Vereinigten Staaten waren der Sache überdrüssig und beschlossen, mit den beabsichtigten britisch-sowjetischen Verhandlungen nichts mehr zu tun haben zu wollen. Sogar die Regierungen Kanadas, Neuseelands und Südafrikas wollten nichts mit dem britischen Vorschlag zu tun haben.

Auch Sir Alexander C a d o g a n, ein persönlicher Freund Edens, bemerkte, daß er nicht „über die Leichen unserer Prinzipien zu den Russen kriechen wollte“.⁶⁰ Der britische Historiker David K i r b y schreibt jedoch, „daß es damals im Außenministerium niemand von Rang gab, der sich für die Rechte der kleinen Nationen eingesetzt hätte.“ Kirby beschreibt Eden als einen eitlen, egozentrischen Mann, der nur daran interessiert war, seine Moskau-Reise mit Ruhm zu krönen.⁶¹ Es machte seinem Gewissen keine Schwierigkeiten, daß dieser Ruhm mit baltischen Tränen und baltischem Blut erkaufte wurde. Als Molotov am 20. Mai 1942 in London eintraf, bezeichnete Sir Henry C h a n n o n, ein Mitglied des Außenministeriums, das beabsichtigte Abkommen mit den Sowjets als „einen schrecklichen Fehler und ein großes Unglück“. Channon fügte hinzu: „In der Politik macht sich Unsterblichkeit nie bezahlt; der sowjetischen Einverleibung der baltischen Staaten zuzustimmen, ist schockierend und heuchlerisch (jesuistical).“⁶² Leider wurde Channons Meinung nur von wenigen britischen Diplomaten geteilt.

Infolge des starken Drucks, den die amerikanische Regierung auf England ausübte, wurden die russischen Grenzen im anglo-sowjetischen Bündnisvertrag vom 26. Mai 1942 nicht erwähnt. Churchill war darüber sehr erleichtert.⁶³ Die deutsche Behauptung jedoch, daß Engländer und Russen bezüglich einer freien Hand für die Sowjets in den baltischen Staaten eine geheime verbale Vereinbarung getroffen hätten⁶⁴, enthält einen wahren Kern. Am 27. Juni 1942 schlug Eden den Russen zuliebe die Tilgung der Namen der baltischen Gesandten und deren Mitarbeiter aus dem diplomatischen Register vor. Diese Namen sollten in Zukunft in einem Anhang aufgeführt werden, der als „Verzeichnis von Personen, die nicht mehr im diplomatischen Register aufgeführt sind, jedoch weiterhin von der Regierung Seiner Majestät als Person mit diplomatischem Rang anerkannt werden“, bezeichnet war. Eden hoffte, auf diese Weise die sowjetische Regierung zufriedenzustellen und gleichzeitig die diplomatische Unverletzlichkeit der baltischen Gesandten zu sichern.⁶⁵ Den baltischen Gesand-

59) U.S. For. Rel., 1942, Bd. III, S. 538 f., 541 f.

60) Kirby (wie Anm. 43), S. 167 f.

61) Ebenda, S. 168.

62) Channon (wie Anm. 4), S. 331.

63) Churchill, *The Hinge of Fate* (wie Anm. 56), S. 335 f.; U.S. For. Rel., 1942, Bd. III, S. 444 f., 558 f.; A. B r y a n t: *The Turn of Tide. A History of the War Years Based on the Diaries of Field-Marshal Lord Alanbrooke, Chief of the Imperial Staff*, New York 1957, S. 297 f.; C a m p b e l l - J o h n s o n (wie Anm. 35), S. 197; Kirby (wie Anm. 43), S. 169—171.

64) Deutsches Nachrichtenbüro, 17. Juni 1942.

65) F. O., 371 — 32435, N3447/2543/59; N4143/347/59.

ten wurde die Änderung ihres diplomatischen Status am 6. August unterbreitet.⁶⁶ Am 23. Juli vertrat die britische Regierung noch immer die Interessen baltischer Bürger in gewissen südamerikanischen, afrikanischen und asiatischen Ländern, in der Hoffnung, Rekruten unter den gestrandeten baltischen Matrosen für die britische Marine zu finden.⁶⁷ Als der lettische Gesandte in Belgien, Dr. Miķelis Valters, in London seine Geschäfte mit der belgischen Exilregierung wiederaufnehmen wollte, wurde ihm von der britischen Regierung das Visum verweigert mit der Begründung, daß er dann mehr Privilegien hätte als Kārlis Zariņš (Charles Zarine), der lettische Gesandte in London, zum Court of St. James.⁶⁸ Für die baltischen Gesandten war dieser Bescheid besonders bitter, da die dänischen Gesandten in England und den Vereinigten Staaten weiterhin ihren diplomatischen Status besitzen konnten, obgleich die dänische Regierung in Kopenhagen ihnen diesen entzogen hatte.⁶⁹

Als während der ersten Kriegsjahre die westlichen Alliierten weniger erfolgreich als die Sowjets waren, kamen Roosevelt über seine Einstellung zur baltischen Frage Zweifel. Am 5. Oktober 1942 vertraute er Edward R. Stettinius, dem späteren Unterstaatssekretär des Außenministerium, damals noch Leiter der Lend-Lease (Leih- und Pacht-) Verwaltungsstelle, seine Absicht an, Stalin zu benachrichtigen, daß weder die Vereinigten Staaten noch England um die baltischen Staaten kämpfen würden. Es wäre jedoch in Rußlands eigenem Interesse, ungefähr zwei Jahre nach dem Krieg in den baltischen Staaten eine zweite Volksabstimmung abzuhalten.⁷⁰ Es war für die Rechtslage der baltischen Staaten günstig, daß Stalin zu diesem Zeitpunkt kein Interesse mehr an einer Diskussion mit den westlichen Alliierten zwecks deren Zustimmung zur baltischen Frage hatte.

Am 10. März 1943 erinnerte der sowjetische Botschafter in London, Ivan M. Maiskij, Eden daran, daß die sowjetische Regierung entschlossen sei, nach dem Kriege die baltischen Staaten zu behalten, Stützpunkte in Finnland und Rumänien zu errichten und Polen auf die Curzonlinie zurückzudrängen, so daß halb Polen russisches Territorium würde. Rußland würde weder einen Balkan-Bund noch eine skandinavische Union dulden, sollte Finnland sich dieser anschließen.⁷¹ Am 15. März sprach Eden mit Roosevelt über die baltische Frage. Roosevelt war davon überzeugt, daß Rußlands Anspruch auf die baltischen Länder in den Vereinigten Staaten und in England auf heftigen Widerstand stoßen werde. Hätten die Russen jedoch einmal von den baltischen Staaten Besitz ergriffen, wäre es sehr schwierig, diesen Zustand zu ändern. Er hoffte, daß man für Zugeständnisse in den baltischen Ländern von den Sowjets Zugeständnisse anderswo erwarten könnte. Roosevelt bestand jedoch darauf, daß vor der Annexion

66) F. O., 371 — 32735, N3969/347/59; N4148/347/59; N4379/347/59.

67) F. O., 371 — 32735, N3969/347/59.

68) F. O., 371 — 32735, N4219/347/59.

69) F. O., 371 — 32735, N4148/347/59.

70) Hull (wie Anm. 28), Bd. II, S. 1265 f.

71) F. O., 371 — 36991, N1605/315/59; Eden (wie Anm. 48), S. 429 f.

der baltischen Staaten durch die Sowjetunion eine Volksabstimmung stattfinden müsse. Bis zu diesem Zeitpunkt sollten die baltischen Staaten wirtschaftlich und militärisch eng mit der Sowjetunion zusammenarbeiten. Eden bezweifelte, daß Stalin zu einer solchen Regelung seine Zustimmung geben würde.⁷²

Kurz nach dieser Unterhaltung, im Juni 1943, wurden zwei der stärksten Verfechter der baltischen Souveränität — Loy Henderson and Ray Ather-ton — gezwungen, ihre Ämter im amerikanischen Außenministerium aufzugeben und weniger einflußreiche Positionen anzunehmen. Zwei andere wichtige Freunde der Balten, der Premierminister der exilpolnischen Regierung General Władysław Sikorski und der einflußreiche britische Politiker Col. Victor Cazalet, kamen im 4. Juli 1943 durch einen rätselhaften Flugzeugunfall ums Leben.⁷³ Cazalet hatte immer störend auf Edens Bemühungen, die baltischen Staaten an die Sowjets abzugeben, gewirkt. Ein amerikanischer Baltenfreund, der Journalist Francis Neilson, schrieb am 23. August äußerst verbittert: „Bei uns ist niemand dazu bereit, für das gute alte Estland, für Litauen oder Lettland zu sterben. Das Denken ist heute mehr als früher auf Ideen für strategische Grenzen [Rußlands] eingestellt. Vor dem Krieg war dies ein schlechtes Prinzip. Heute jedoch ist es ein einwandfreies.“⁷⁴ Noch ein anderer Freund der Balten mußte Ende August 1943 sein Amt aufgeben. Es handelte sich um den Autor der berühmten amerikanischen Erklärung für die baltischen Staaten vom 23. Juli 1940, den Unterstaatssekretär des Außenministeriums, Sumner Welles. Auch Adolf A. Berle mußte gehen.⁷⁵

Am 8. Oktober 1943, dem Vorabend der Moskauer Konferenz, schickte der lettische Gesandte in London Zariņš nochmals ein Memorandum an das britische Außenministerium. Das Memorandum war ein Verzweiflungsschrei nach Gerechtigkeit für die unglücklichen Letten, denen eine schlimme Zukunft bevorstand. Einige kurze Randnotizen auf dem Memorandum lassen darauf schließen, daß einige der Leser den Ernst der Lage verstanden. „Es ist eine Tragödie . . . Ich bezweifle nicht, daß ein Blutbad [im Baltikum] stattfinden wird . . . Eine Regelung muß Bedingungen für eine Volksabstimmung bezüglich der Gebietsabtrennungen enthalten . . . und muß den Balten das Recht geben, ihr bewegliches Eigentum mitnehmen zu können.“⁷⁶ Als jedoch der estnische Gesandte August Torma in einer englischen Zeitschrift einen Artikel über die baltischen Staaten veröffentlichen wollte, zwang das Außenministerium den Verleger der Zeitschrift, „freiwillig“ von der Veröffentlichung abzusehen.⁷⁷

72) F. O., 371 — 36991, N117/499/59; Eden (wie Anm. 48), S. 430, 432; Campbell-Johnson (wie Anm. 35), S. 200 f.; R. E. Sherwood: Roosevelt and Hopkins, New York 1948, S. 708 f.

73) Ciechanowski (wie Anm. 58), S. 228; Channon (wie Anm. 4), S. 370.

74) F. Neilson: The Tragedy of Europe, Appleton, Wisconsin 1940—46, Bd. IV, S. 46.

75) Ciechanowski (wie Anm. 58), S. 222 f.

76) F. O., 371 — 36773, N5918/577/59.

77) F. O., 371 — 36773, N6549/577/59.

Im November 1943 fand die Teheraner Konferenz statt, auf der es Stalin gelang, Roosevelt in seinen Bann zu ziehen. Roosevelt wich öfters von der Seite seines engen Verbündeten Churchill, um persönliche Gespräche mit Stalin zu führen. Roosevelts bereitwilliges Verhalten trug viel dazu bei, daß er Stalin — zu dessen großer Freude — praktisch das ganze Baltikum überließ. Kurz nach der Konferenz verschwand die baltische Frage von der Tagesordnung des Außenministeriums. Als Stalin Königsberg verlangte — mit der Begründung, daß die Sowjetunion an der Ostseeküste einen eisfreien Hafen benötigte —, erhoben weder Roosevelt noch Churchill dagegen Einspruch. Sie schienen vergessen zu haben, daß es in den baltischen Staaten schon etliche eisfreie Häfen gab. Sie übersahen ebenfalls, daß mit der Übergabe Ostpreußens an Rußland die baltischen Republiken von allen Seiten von Rußland umringt sein würden.⁷⁸ Möglicherweise erhielt Roosevelt eine verbale Zusicherung bezüglich der Zukunft der baltischen Bevölkerung. Sumner Welles schrieb, daß man von der Sowjetunion die Abhaltung freier Volksabstimmungen erwartete. Diese Volksabstimmungen sollten immer dann abgehalten werden, wenn es der Wille der Mehrheit war. Gleichfalls erwartete man von den Sowjets, daß es Personen, die keine russischen Staatsbürger werden wollten, erlaubt sein würde, mit ihrer Habe das Land verlassen zu können, und daß sie für ihr Eigentum entschädigt würden.⁷⁹ Diese „Erwartungen“ wurden jedoch nicht schriftlich niedergelegt.

Man darf nicht vergessen, daß Ende 1943 und Anfang 1944 ein grundlegender Wechsel in der Einstellung der amerikanischen Öffentlichkeit und der amerikanischen Regierung gegenüber den Sowjets stattfand. Dieser Wechsel gründete sich auf etliche falsche Prämissen. Nachdem die Sowjetregierung formell die Dritte Kommunistische Internationale abgelehnt hatte, kam in den Vereinigten Staaten der Glaube auf, das Politbüro habe seine Pläne für eine Weltrevolution aufgegeben und sei an friedlichen Beziehungen mit den westlichen Demokratien aufrichtig interessiert. Außerdem nahm die Überzeugung zu, Stalin sei ein guter „Kerl“, mit dem die Vereinigten Staaten gut zusammenarbeiten könnten. Es bestand aber auch die Befürchtung, daß die Sowjets, da sie drei Jahre lang eigentlich allein gegen die Nationalsozialisten gekämpft hatten, einen Separatfrieden mit Deutschland eingehen könnten, eine Situation, die unter allen Umständen verhindert werden mußte. Und letztlich glaubten sogar amerikanische Militärplaner, der Eintritt der Sowjetunion in den

78) Brief des polnischen Botschafters in den USA Jan Ciechanowski, Washington, D.C., 8. Juni 1959; The Rt. Hon. W. L. Sp. Churchill: The Second World War. Closing the Ring, New York 1952, S. 336 f., 348 f., 381 f., 394—397; Sherwood (wie Anm. 72), S. 791 f., 796 f.; Ciechanowski (wie Anm. 58), S. 247—249; Survey of International Affairs (wie Anm. 48), S. 348, 354; Poland in the British Parliament, 1939—1945, hrsg. von W. Jędrzejewicz, New York 1946—59, Bd. II, S. 29; B. S. Telpuchowski: Die sowjetische Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges 1941—1945, Redaktion: A. Hillgruber und H. A. Jacobsen, Frankfurt am Main 1961, S. 574—576.

79) S. Welles: The Time for Decision, New York 1944, S. 333 f.

Krieg gegen Japan sei für den Sieg unbedingt notwendig und würde vielen amerikanischen Soldaten das Leben retten.⁸⁰

Der Vormarsch der Sowjetarmeen auf die baltischen Grenzen im Jahre 1944 zwang die Alliierten, das Problem des politischen Status der baltischen Staaten wiederaufzunehmen. Bis zu diesem Zeitpunkt war es für die Großen Drei möglich gewesen, den Zusammenstoß über Prinzipien, der in einer Diskussion über sowjetische Grenzansprüche unvermeidlich war, hinauszuschieben. Der Hauptgrund für die Verbindung zwischen den westlichen Alliierten und der Sowjetunion war die nutzbringende Zusammenarbeit im Kriege gegen das nationalsozialistische Deutschland gewesen. Diese praktische Notwendigkeit konnte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß, während die Einstellung der britischen Regierung sich den wechselnden Umständen anpaßte, die grundlegenden Unterschiede in den Prinzipien zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion weiterhin existierten.⁸¹ Die Sache wurde für die Westmächte durch Rußlands Weigerung, die Annexion der drei baltischen Staaten auch nur zur erwähnen, erschwert.⁸²

Die britische Öffentlichkeit und einige britische Politiker glaubten ernsthaft, daß die harmonische Zusammenarbeit der Verbündeten und die Rechtsmacht einer internationalen Organisation die traditionellen Muster internationaler Politik überflüssig gemacht hätten und daß dadurch nach dem Krieg eine bessere Welt entstehen würde. Churchill dagegen vermutete, daß Stalin beabsichtige, ganz Mittel- und Osteuropa in den sowjetischen Einflußbereich einzubeziehen, und befürchtete, daß sich dieser Einfluß auf den Westen ausdehnen könnte. Er sah die einzige Möglichkeit, diese Pläne zu vereiteln, in der Aufstellung eines Gegengewichts, das sich aus einer Gruppe von Nationen zusammensetzte, die unter anglo-amerikanischer oder ganz einfach unter britischem Einfluß standen. Churchill hegte jedoch im Stillen noch immer die Hoffnung, die Bildung autonomer Regierungen in Mittel- und Osteuropa wäre möglich, würde man Rußland die Gebiete belassen, welche es 1939 von Hitler bekommen hatte.⁸³

Am 13. Januar 1944 benachrichtigte Zariņš die britische Regierung, daß 200 junge Letten Schweden erreicht hätten und bereit wären, für England zu kämpfen. Die britische Regierung nahm jedoch von diesem Angebot keine Kenntnis.⁸⁴ Am 16. Januar erklärte Churchill, eine Diskussion über die baltischen Staaten solle in Kürze stattfinden. Er ließ Eden wissen, er habe seit dem 6. Oktober 1943 seine Ansichten in dieser Sache grundlegend

80) H. W. Baldwin: *Great Mistakes of the War*, New York 1950, S. 4 f., 12.

81) *Survey of International Affairs, 1941—1946: The War and the Neutrals. The Realignment of Europe*, hrsg. von A. J. Toynbee, London 1958, S. 245; *Survey of International Affairs: America, Britain and Russia* (wie Anm. 48), S. 78 f., 167, 317, 408; R. W. Thompson: *The Price of Victory*, London 1960, S. 163 f.

82) Welles (wie Anm. 79), S. 330.

83) *Survey of International Affairs: America, Britain and Russia* (wie Anm. 48), S. 409 f.

84) F. O., 371 — 43047, N316/316/59.

geändert, und betonte, daß die Russen in Kürze im Baltikum stehen würden und daß ihre Siege die das Baltikum, die Bukowina und Bessarabien betreffenden Fragen zum größten Teil entscheiden würden. Die Sowjets wären sich dann sicher, daß England nicht versuchen würde, sie aus diesen Gebieten zu verjagen. Eine offizielle Bekanntmachung über diese Sache könnte jedoch in den Vereinigten Staaten katastrophale Folgen haben und auch im Unterhaus zu peinlichen Auftritten führen. Darum hoffe er, eine Entscheidung so lange aufschieben zu können, bis Hitler besiegt sei.⁸⁵ Das britische Kriegskabinett beriet jedoch schon am 25. Januar 1944 über die baltische Frage. Churchill berichtete darüber, daß die Beratung „außerordentlich schwierig war“. England würde gegen die Prinzipien der Atlantik-Charta handeln, sollte es einer Abtretung der baltischen Staaten an die Russen zustimmen und eine Massenaussiedlung der deutschen Bevölkerung aus Ostpreußen und [anderen] Teilen Ostdeutschlands gutheißen, um Platz für Polen und Ostpolen zu machen. Das Kabinett zog es darum vor, die Frage offen zu lassen.⁸⁶

In einer Rede vor dem Unterhaus am 22. Februar 1944 deutete Churchill an, daß England vermutlich nichts gegen die russische Kontrolle über die baltischen Staaten einzuwenden hätte und daß die Annexion Ostpolens durch Rußland von der britischen Regierung akzeptiert werden würde.⁸⁷ Ein Memorandum, welches das britische Informationsministerium am 29. Februar an den höheren britischen Klerus und die British Broadcasting Company schickte, zeigt offen, wie heuchlerisch die britische Regierung während des Krieges in Fragen der Moral vorging. „Ein guter Bürger und frommer Christ hat auch die Pflicht, die Eigentümlichkeiten seiner Mitmenschen zu übersehen ... Wir wissen genau, mit welchen Methoden der bolschewistische Diktator in Rußland regiert ... Wir wissen, wie sich die Rote Armee im Jahre 1920 in Polen benommen hat und wie sie sich vor kurzem in Finnland, Estland, Lettland und Litauen benahm ... Demnach wissen wir nur zu genau, was geschehen wird, wenn die Rote Armee in Mitteleuropa eindringt. Wenn keine Vorkehrungen getroffen werden, werden diese Unmenschlichkeiten, die unvermeidlich sind, die öffentliche Meinung Englands überfordern. Wir können die Bolschewisten nicht ändern, aber wir können unser Bestes versuchen, sie — und uns — von den Folgen ihrer Taten zu retten ... Die einzige Alternative zu einem Dementi besteht darin, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit von der ganzen Sache abzulenken ... Wir benötigen deshalb Ihre Hilfe, die Öffentlichkeit von den Mißhandlungen seitens der Roten Armee abzulenken, indem Sie die vielen Beschuldigungen gegen die Deutschen und die Japaner, die das Ministerium in Umlauf gebracht hat und noch bringen wird, ernsthaft unterstützen“.⁸⁸ Bemerkungen zu diesen Zitaten erübrigen sich.

85) F. O., 371 — 43052, N506/506/59.

86) F. O., 371 — 43052, N665/506/59; WM (44) 11. 1. C. J.

87) Great Britain, Parliament, House of Commons, Parliamentary Debates, Official Record, Fifth Series, Vol. 397, col. 697 f.

88) R o z e k (wie Anm. 58), S. 209 f.

Am 18. April 1944 veröffentlichten die lettischen Gesandten in London und Washington das politische Programm der prowestlichen lettischen Widerstandsgruppe, des Nationalen Rates Lettlands, sowie Erklärungen seiner Leiter. Am 26. April schickten sie den Regierungen der westlichen Alliierten auch die Erklärung der antisowjetischen, prowestlich eingestellten lettischen Sozialdemokraten.⁸⁹ Die Regierungen der westlichen Alliierten nahmen diese Erklärungen nicht zur Kenntnis. Churchills Zeitung „The London Daily Mail“ schrieb: „Jedes verantwortliche Mitglied des britischen sowie des amerikanischen Außenministeriums müßte wissen . . . Sowjetrußland würde die bedingungslose Übergabe Estlands, Lettlands, Litauens, Ostpolens und Bessarabiens und der Nordbukowina sowie einen Teil Finnlands fordern. Sowjetrußland wird sich weder durch Reden, Drohungen, noch durch Gewalt aus diesen Ländern verjagen lassen.“⁹⁰

Als die estnischen Schiffseigentümer für die Benutzung der Schiffe oder für deren Verlust Schadenersatz forderten, benachrichtigte Eden das Kriegskabinet, daß es bisher möglich gewesen sei, Prozesse bezüglich der Schiffe zu vermeiden, und daß niemand für die Benutzung der Schiffe irgendwelche Vergütung erhalten habe. Eden gab zu, daß es möglich sei, die betreffenden estnischen Schiffseigentümer „auszukaufen“, fügte jedoch hinzu, daß dies andere Balten dazu veranlassen könnte, ihre Ansprüche bei den britischen Gerichtshöfen einzureichen. Er bevollmächtigte deshalb das Ministerium für Kriegstransporte, den Rechtsanwälten der Antragsteller mitzuteilen, daß, falls die Sache weitergehen und er vom Gericht zur Regierungsgewalt in Estland zum Zeitpunkt der Requirierung befragt werden sollte, er antworten würde, daß damals effektiv in Estland die Verwaltungsapparate von der Regierung der UdSSR kontrolliert wurden. Die britische Regierung erkenne die damalige russische Kontrolle als Faktum an; das würde keine Anerkennung bedeuten, weder irgendeines Rechts der Russen, diese Kontrolle auszuüben, noch etwa, daß die Russen durch die Ausübung der Kontrolle irgendein Recht oder einen Rechtsanspruch erworben hätten, als Herrscher (sovereign) in Estland betrachtet zu werden.⁹¹

Gegen Ende Mai 1944 beabsichtigten die Vereinigten Staaten, amerikanische militärische Luftstützpunkte in Rußland zu errichten. General Carl Spaatz, der Befehlshaber der Strategischen Luftstreitkräfte der Vereinigten Staaten in Europa, schlug am 27. Mai eine deutsche Flugzeugfabrik in Riga/Lettland als eines der von den Amerikanern erstrebten Objekte vor. Die Sowjets lehnten jedoch die Teilnahme der Vereinigten Staaten an Operationen im Baltikum ab. Die Vereinigten Staaten zogen daraufhin ihren Vorschlag für Stützpunkte in Rußland zurück.⁹²

Der Erzbischof von Canterbury, William Temple, der sich um das Schicksal der Balten sorgte, ersuchte Eden am 7. Juli, zu veranlassen, daß

89) F. O., 371 — 43047, N2452/316/59; N2592/316/59.

90) Neilson (wie Anm. 74), Bd. IV, S. 497.

91) F. O., 371 — 43047, N2859/146/59; WP (44) 246. Secret.

92) J. R. Deane: *The Strange Alliance: the Story of Our Efforts at Wartime*

ausländische Beobachter beim russischen Einmarsch in die baltischen Länder zugegen sein würden.⁹³ Ein Dutzend Auslandskorrespondenten bekamen tatsächlich bereits im August 1944 — als die Stadt noch in deutscher Hand war — die Erlaubnis für eine eskortierte Reise nach Reval (Tallinn). Paul Winterton, einer der Korrespondenten, schrieb, er habe in der „sogenannten befreiten Stadt“ unter den gutangezogenen, sauberen, überwiegend westlichen Einwohnern Zeichen starker Spannung entdeckt und die Stimmung ziemlich bedrückt und zurückhaltend gefunden. Mehrere Esten erzählten den Korrespondenten von ihren Leiden unter den Russen. Viele fanden die Deutschen besser als die Russen und gaben es offen zu. Winterton erfuhr, daß viele Esten sich den Deutschen angeschlossen hatten, als diese Estland verlassen mußten, während andere Esten nach Finnland und Schweden geflohen waren. Sie befürchteten, daß neue, schreckliche Deportationen nach Sibirien stattfinden würden, und erklärten den Korrespondenten, sie hofften, „England und die Vereinigten Staaten würden etwas für sie tun“. Winterton erklärte ihnen, daß die Engländer und die Amerikaner leider nichts für sie tun könnten und daß die einzige Hoffnung für sie darin lag, sich mit den Russen zu vertragen. Winterton wußte jedoch, daß dies traurige Aussichten waren. Kein einziger Este hatte ein gutes Wort über die russischen Eroberer zu sagen. Es war ihm klar, daß zwischen Balten und Russen eine Diskrepanz bestand. Er erkannte auch, daß russisch geleitete „Wahlen“ ein vollkommener Schwindel sein würden. Die Balten wollten mit den Russen nichts zu tun haben. Sie sehnten sich nach Unabhängigkeit und wollten freien Zugang zum Westen.⁹⁴

Am 4. August bot Churchill Stalin sechs britische Unterseeboote an, die unter sowjetischer Flagge die Ostsee befahren sollten. Stalin schlug das Angebot ab. Er wollte weder Engländer noch Amerikaner im Ostseegebiet haben.⁹⁵ Keinem Außenseiter sollte es erlaubt sein zu sehen, wie die sowjetische „tapfere neue Welt“ im Baltikum entstand. In England war man darüber beunruhigt. Als am 21. Dezember 1944 im Unterhaus die baltische Frage wieder zur Sprache kam, erklärte der Sprecher des Außenministeriums, George Hall: „Die Regierung seiner Majestät hat seit Juni 1940, als damals die Änderung eintrat, keine der Regierungen in den baltischen Republiken Estland, Lettland oder Litauen anerkannt.“⁹⁶

Unkluge Kriegspropaganda in England und den Vereinigten Staaten hatte dort zu diesem Zeitpunkt eine pro-russisch eingestellte öffentliche Meinung geschaffen. Am 8. Januar 1945 schlug der Stellvertretende Leiter

Cooperation with Russia, New York 1947, S. 117 f.

93) F. O., 371 — 43052, N4309/506/59.

94) P. Winterton: Report on Russia, London 1945, S. 84—90; „Chicago Daily News“ vom 6. Oktober 1944; „Daily Telegraph“ und „Yorkshire Post“ vom 7. Oktober 1944.

95) Correspondence Between the Chairman of the Council of Ministers of the U.S.S.R. and the Presidents of the U.S.A. and the Prime Ministers of Great Britain During the Great Patriotic War of 1941—1945, Moskau 1957, O, S. 248 f.

96) House of Commons, Parliamentary Debates (wie Anm. 87), Vol. 406, col. 1953; F. O., 371 — 43052, N5309/506/59.

der Abteilung für europäische Angelegenheiten im amerikanischen Außenministerium, John Hickerson, dem amerikanischen Außenminister Edward Stettinius vor, man solle die baltischen Staaten als sowjetischen Besitz anerkennen. Er glaubte, der Entzug des diplomatischen Status der baltischen Diplomaten in den Vereinigten Staaten würde die Verhandlungsposition der Vereinigten Staaten den Sowjets gegenüber bezüglich der vorgeschlagenen Vereinten Nationen wie auch in anderen Angelegenheiten verbessern.⁹⁷ Als Jules Feldmans, der lettische Gesandte in der Schweiz und Delegierte des Völkerbunds, die britische Regierung formell darum bat, die Vertretung für 14 000 deportierte lettische Familien gegenüber der Sowjetunion zu übernehmen, nahm das britische Außenministerium das Telegramm nicht zur Kenntnis.⁹⁸

Auf der im Februar 1945 stattfindenden Konferenz von Jalta wurden von den westlichen Alliierten keine Maßnahmen zum Schutz der baltischen Staaten getroffen. Schlimmer noch, sie opferten Polen, ihren Verbündeten, zu dessen Schutz sie in den Krieg eingetreten waren.⁹⁹ Das Außenministerium der Vereinigten Staaten bestand jedoch wiederholt darauf, daß es die neuen sowjetischen Republiken im Baltikum weder de facto noch de jure anerkannte, und daß es dieselben noch immer als unabhängige Staaten betrachtete.¹⁰⁰

Ende März 1945 wurden sich mehrere britische Politiker und britische Militärs der ungeheuren Gefahr bewußt, die aus dem Osten drohte. Zur gleichen Zeit verbot der Oberbefehlshaber der westlichen Alliierten Streitkräfte, General Dwight D. Eisenhower, seinen Armeen, nach Berlin und zur Ostsee vorzustoßen. Er koordinierte seine militärischen Operationen mit denen Stalins, ohne sich vorher mit Washington oder dem Rat der alliierten Generalstabschefs zu besprechen. Der Befehlshaber des britischen Generalstabs, Feldmarschall Sir Alan F. Brooke, hatte das unguete Gefühl, Eisenhower „verkaufe die westlichen Alliierten an die Russen“, und schrieb: „Wir sind zur Verteidigung Polens und zum Schutz der Freiheit in den Krieg gezogen, als Rußland ein Angreifer war und die Vereinigten Staaten sich nur um ihre Neutralität kümmerten. Nun, sechs Jahre später, da wir den Kampf mit dem Sieg krönen können, sind wir unter dem Druck unseres Hauptverbündeten dazu verurteilt, der unnötigen Unterdrückung Osteuropas durch die Tyrannei eines anderen zusehen zu müssen.“¹⁰¹ England selbst war jedoch mehr verantwortlich

97) United States of America, Department of State, Foreign Relations of the United States: The Conferences at Malta and Yalta 1945, Washington, D.C. 1955, S. 93—95.

98) F. O., 371 — 47045, N1304/1304/59.

99) J. F. Byrnes: *Speaking Frankly*, New York 1947, S. 37—40; J. Th. Shotwell, M. M. Laserson: *Poland and Russia 1919—1945*, New York 1945, S. 91.

100) *Survey of International Affairs, Realignment of Europe* (wie Anm. 81), S. 247 f.

101) Bryant (wie Anm. 63), S. 336—338; General D. D. Eisenhower: *Crusades in Europe*, Garden City, New York 1948, S. 397, 399 f., 411; B. Montgomery, Viscount of Alamein: *Memoirs*, Cleveland 1958, S. 296; United States

für das, was nun geschah, als sein Verbündeter, die Vereinigten Staaten. Sie hatten die Büchse der Pandora geöffnet und mußten nun dafür die Verantwortung tragen.

Verdachterregende Tätigkeit der Russen Anfang April 1945 veranlaßte Churchill, zur Vorsicht zu mahnen. Am 14. April schlug er vor, politische Fragen sollten von den Regierungschefs besprochen werden, bevor man die anglo-amerikanischen Armeen aus schon erobertem deutschen Gebiet, das außerhalb der im Jalta-Abkommen gezogenen Besetzungsgrenzen lag, zurückrufen würde.¹⁰² Am gleichen Tag erkannte der Befehlshaber der Armeegruppe Mitte, der amerikanische General Omar N. Bradley, das Ausmaß der Tragödie im Osteuropa. Er schrieb: „Im Hinterland schlugen sich G 5 mit der fürchterlichen Aufgabe herum, mehr als eine Million verschleppter Menschen, die ziellos durch das Land zogen, zusammenzutreiben. Anfangs versuchten wir, Balten und Polen nach Osten, in die von den Sowjets besetzte Zone, zu treiben, damit sie leichter durch die Rote Armee zurückgeführt werden könnten. Wir waren jedoch erstaunt, daß sie die Russen mehr fürchteten als die Nazis und daß sie weiterhin in den Westen flohen.“¹⁰³ Endlich erlaubte General Eisenhower am 22. April dem britischen Feldmarschall Bernhard L. Montgomery, die alliierte Front zur Ostsee hin zu erweitern und somit Dänemark von den Russen abzuschneiden.¹⁰⁴ Die Engländer erreichten am 2. Mai Lübeck und Wismar sowie die Ostsee und schnitten damit, nur sechs Stunden, bevor die Russen kamen, die dänische Halbinsel ab.¹⁰⁵

Die Einstellung des britischen Außenministeriums zu den baltischen Staaten änderte sich jedoch nicht. In einem undatierten Memorandum, das am 19. April 1945 im Public Record Office eingegangen ist, steht, die britische Regierung habe zum sowjetischen Anspruch, daß die baltischen Staaten ein Teil der Sowjetunion seien, keinen Einspruch zu erheben. Die britische Regierung erkenne die Annexion jedoch nicht an, sondern akzeptiere nur, daß die Regierungsgeschäfte in den betreffenden Staaten von der sowjetischen Regierung seit Juli 1940 de facto ausgeübt worden sind. Die baltischen Gesandten behielten ihre diplomatischen Privilegien auf persönlicher Ebene. Der internationale Status der baltischen Staaten müsse auf einer Friedenskonferenz entschieden werden.¹⁰⁶ Es geschah jedoch nichts dergleichen.

Am 8. Mai 1945 war der deutsche Widerstand zu Ende. Die westlichen Alliierten mußten sich nun um die Flüchtlinge und die verschleppten Personen kümmern. General Eisenhower erkannte schnell, daß Mil-

of America, Department of the Army, Office of Military History, Command Decisions, New York 1959, S. 380 f.

102) The Rt. Hon. W. L. Sp. Churchill: *The Second World War. Triumph and Tragedy*, Boston 1953, S. 512; H. Feis: *Between War and Peace: The Potsdam Conference*, Princeton 1960, S. 74.

103) General O. N. Bradley: *A Soldier's Story*, New York 1951, S. 544.

104) Ebenda, S. 546; Bryant (wie Anm. 63), S. 343; Montgomery (wie Anm. 101), S. 297, 299.

105) Montgomery (wie Anm. 101), S. 297 f.

106) F. O., 371 — 47042, M3866/719/59.

lionen dieser Menschen nicht in ihre Heimat zurückkehren wollten, und schrieb: „In den Gruppen dieser Menschen, die nicht zurückgeschickt werden konnten, befanden sich auch ehemalige Bürger der baltischen Staaten, Estlands, Lettlands und Litauens, Gebiete, die nun Teil der Sowjetunion sind. Tausende dieser Balten, die wir in Deutschland fanden, waren als staatenlos klassifiziert. Da sie gegen die gewaltsame Annexion ihrer Länder waren, mußten sie fliehen und konnten nicht mehr dorthin zurückkehren.“¹⁰⁷

Da die westlichen Alliierten nicht beabsichtigten, die baltischen Staaten zu befreien, taten sie das Nächstliegende. Am 12. Mai 1945 gab das Oberste Hauptquartier der alliierten Streitkräfte in einer Anweisung bekannt: „Letten, Esten, Litauer ... werden nicht in ihre Heimatgebiete und auch nicht in die Sowjetunion zurückgeschickt. Sie werden auch nicht in die russische Besatzungszone Deutschlands verlegt, außer sie verlangen ausdrücklich die russische Staatsbürgerschaft.“¹⁰⁸ Eisenhower erkannte nun, daß die „Zusammenarbeit mit den Sowjets nicht sehr eng war ... Die Ideologien [der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion] waren diametral entgegengesetzt. Die politische und die soziale Ordnung der Vereinigten Staaten basierte auf individueller Freiheit und Menschenwürde, die der Sowjetunion dagegen stützte sich auf die Diktatur des Proletariats und zeigte sich, aus westlicher Sicht gesehen, als kollektiver Staat, der von einigen Männern absolutistisch regiert wurde.“¹⁰⁹

Englands und Amerikas gewissenhafte Einhaltung ihrer Verträge ermöglichte es den Russen, tief nach Mitteleuropa einzudringen. Einmal dort, gaben sie zu verstehen, daß sie bleiben würden und daß sie in den Territorien, die sie erobert hatten, hinsichtlich des Gebietes und der Bevölkerung ihren Verbündeten kein Mitspracherecht gewähren würden. Das betraf nicht nur die Balten, sondern in gleicher Weise auch die Polen, Tschechen, Slowaken, Ungarn, Bulgaren, Rumänen, Jugoslawen und Deutschen. Rücksichtslos wurden mit Hilfe der Roten Armee überall kommunistische Marionettenregierungen eingesetzt. Gegen alle Personen, die den hilflosen Einwohnern in den von den Sowjets annektierten Gebieten möglicherweise hätten Führung geben können, setzte eine brutale Verfolgungswelle ein, die aus Mord und Verbannung bestand.¹¹⁰

Die britische Regierung beschloß, die Balten nicht in die von den Sowjets kontrollierten Gebiete zu schicken. Am 10. April 1945 weigerte sie sich jedoch, die lettischen Gelder, die in britischen Banken deponiert waren, für Letten, die sich in Not befanden, freizugeben.¹¹¹ Zariņš' Telegramme

107) Eisenhower (wie Anm. 101), S. 439 f.

108) R. Langer: *Seizure of Territory. The Stimson Doctrine and Related Principles in Legal Theory and Diplomatic Practice*, Princeton 1947, S. 283; „New York Times“ vom 19. Oktober 1945.

109) Eisenhower (wie Anm. 101), S. 451 f., 457 f.

110) Bryant (wie Anm. 63), S. 354 f.

111) F. O., 371 — 47044, N8457/958/59; N7918/958/59; United States of America, Department of State, *Diplomatic Papers: The Conference of Berlin (The Potsdam Conference) 1945*, Washington 1960, Bd. I, S. 796.

wurden abgefangen, und nur einige der lettischen Diplomaten erhielten finanzielle Hilfe, so zum Beispiel der in Frankreich lebende Dr. Olgærds Grosvalds und K arlis B erends, weil sie „angenehme, harmlose Personen waren, die den Alliierten keine Schwierigkeiten machen würden“. Andererseits verweigerte die britische Regierung den lettischen Gesandten Dr. Miķelis Valters und Voldemars Salnais jede Hilfe, da sie ihre diplomatische Stellung benutzt hatten, um für das Recht ihrer Staaten zu kämpfen.¹¹²

Am 23. Juli 1945 traten Churchill und der neue Präsident der Vereinigten Staaten, Harry S. Truman, Königsberg und das umgebende ostpreussische Gebiet an Rußland ab und verschlechterten damit die Situation der baltischen Staaten, die nun praktisch von der Außenwelt abgeschnitten waren. Der neue amerikanische Außenminister, James Francis Byrnes, gestand, daß „sich der Ring um die baltischen Staaten hermetisch geschlossen hatte“. Alles ließ darauf schließen, daß die Regierungen Englands und der Vereinigten Staaten auf der kommenden Friedenskonferenz der Annexion der baltischen Staaten durch die Sowjetunion zustimmen würden.¹¹³ Wie aus dem Protokoll vom 2. August 1945 hervorgeht, wurden die territorialen Veränderungen, die auf der Potsdamer Konferenz getroffen wurden, jedoch nicht als endgültig betrachtet.

Im Dezember 1945 forderten die Sowjets die Rückgabe von sechs litauischen, 39 lettischen und 56 estnischen Schiffen. Diese Zahlen schlossen offensichtlich auch die von den Deutschen während des Krieges erbeuteten Schiffe ein. Die Engländer gaben die ausweichende Antwort, das sowjetische Ersuchen würde berücksichtigt werden, sobald es „auf dem diplomatischen Dienstweg“ eingereicht werden würde.¹¹⁴ In London ersuchten die baltischen Gesandten das Außenministerium, die Annexion ihrer Länder durch die Sowjetunion nicht anzuerkennen, sondern bei Maßnahmen behilflich zu sein, die den Vorkriegsstatus dieser Länder wiederherstellen würden. Am 14. September 1945 bemerkte das britische Außenministerium in einem Memorandum dazu folgendes: „Es besteht die Möglichkeit, daß die Regierung Seiner Majestät Anerkennung [der baltischen Republiken als sowjetischen Besitz — E. A.] gewähren wird, sobald die Probleme betreffs unerledigter finanzieller und kommerzieller Fragen beigelegt sind.“¹¹⁵ Am 17. September benachrichtigte die Abteilung „Handel mit dem Feind“ die britische Regierung, daß die baltischen Staaten in England noch immer Guthaben in Höhe von 6 Millionen Pfund, einschließlich Gold, das im Namen ihrer Zentralbanken gehalten wurde, besäßen.¹¹⁶

112) F. O., 371 — 47038, N9754/160/59; 47044, N10522/958/59; N17249/958/59.

113) U.S. Diplomatic Papers: The Conference of Berlin, Bd. II, S. 299, 305; U.S. For. Rel., 1945—1946, S. 932 f.; Byrnes (wie Anm. 99), S. 104 f.; Feis (wie Anm. 102), S. 221; H. S. Truman: Memoirs. Year of Decision, Garden City, New York 1955, S. 328.

114) F. O., 371 — 47038, N11965/160/59.

115) F. O., 371 — 47043, N12308/719/33.

116) F. O., 371 — 47068, N12608/12608/59.

Im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß erklärte der Hauptankläger der Vereinigten Staaten, Robert H. Jackson, ganz präzise, die Sowjetunion habe vorgeschlagen, daß Estland, Lettland, Litauen sowie bestimmte andere Länder als innerhalb der Sowjetunion befindliche Gebiete betrachtet werden sollten; er habe den Vorschlag jedoch nur unter Vorbehalt unterzeichnet. Jackson betonte ausdrücklich, daß einschlägige Bemerkungen in der offiziellen Anklageschrift nicht bedeuten würden, die Vereinigten Staaten erkannten die sowjetische Souveränität in den baltischen Staaten an.¹¹⁷ Das britische Außenministerium gab eine ähnliche Erklärung ab und wies darauf hin, daß Englands Unterzeichnung der Anklageschrift gegen die deutschen Kriegsverbrecher keineswegs die Anerkennung der baltischen Staaten als sowjetisches Territorium bedeutete. Frankreich unterzeichnete unter ähnlichem Vorbehalt.¹¹⁸

Als Mr. C. Atkinson vom Königlichen Gerichtshof am 23. November 1945 bei der britischen Regierung anfragte, ob England die Annexion Estlands (sowie der anderen baltischen Staaten) durch die Sowjetunion anerkannt habe, erhielt er die Antwort, daß die britische Regierung Estland nie, weder de facto noch de jure, als sowjetische Republik anerkannt habe.¹¹⁹ Weitere Erklärungen wurden am 5. Dezember 1945 abgegeben: „Wir waren um unsere Handlungsfähigkeit betreffs des baltischen Golds, der baltischen Schiffe sowie des anderen baltischen Vermögens in unserem Land besorgt und wollten sie nicht schwächen und wünschten bezüglich der Staatsangehörigkeit verschleppter Personen aus dem Baltikum keine Kompromisse zu machen. Die Tatsache, daß wir keine De-jure-Anerkennung gaben, bot möglicherweise dafür genügend Schutz.“¹²⁰

Als die britischen, amerikanischen und sowjetischen Regierungschefs am 18. Dezember 1945 zusammentrafen, legte der amerikanische Außenminister Byrnes eine Liste von 21 Nationen vor, die für eine Einladung zur Friedenskonferenz vorgesehen waren. Der sowjetische Außenminister, Vjačeslav M. Molotov, forderte sofort die Einbeziehung der drei „baltischen Sowjetrepubliken — Lettland, Litauen und Estland“ und den Ausschluß Indiens, da Indien „kein unabhängiger Staat“ sei. Ernest Bevin, der neue britische Außenminister, erhob sofort Einspruch gegen diese Forderung, da Indien weit unabhängiger sei als die drei besetzten baltischen Staaten. Auch Byrnes legte Protest ein. Die Sowjetunion hatte schon drei Wahlstimmen (die sich aus der UdSSR, der Ukrainischen und der Weißrussischen Sowjetrepublik zusammensetzten); nun wollten sie sechs, während sich die Vereinigten Staaten, die mächtigste Nation der Welt,

117) Allied Control Authority for Germany, Trial of the Major War Criminals Before the International Military Tribunal, Nürnberg 1947—49, Bd. I., S. 95; B. Meissner: Die Sowjetunion, die baltischen Staaten und das Völkerrecht, Köln 1956, S. 292.

118) Langer (wie Anm. 109), S. 284; Meissner (wie Anm. 117), S. 297; H. de Chambron: La Tragédie des nations baltiques, Paris 1946, S. 200; „New York Times“ vom 20. Oktober 1945.

119) F. O., 371 — 47043, N16258/719/37.

120) Ebenda.

mit einer Wahlstimme begnügen mußte. Am 19. Dezember zog die Sowjetunion daraufhin ihre Forderung zurück.¹²¹

Bis Ende 1945 hatte die Sowjetunion schon nahezu 770 000 Quadratkilometer fremden Landes besetzt. Die führenden westlichen Politiker erkannten nun, daß sich das sowjetische System während des Krieges nicht geändert hatte. Verzweifelt schrieb der amerikanische Diplomat William C. Bullitt: „Die Russen leben heute unter einem Despotismus, dessen Autorität auf Geheimpolizei und Exekutionskommandos beruht ... Rußland kann Polen nur halten, indem es diesen Staat barbarisiert. Und dasselbe gilt für Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, Ungarn ... Der Prozeß ..., der den Lebensstandard und die Freiheit auf das Niveau der Sowjetunion herabsetzt, hat schon begonnen. Wir haben sie vor unseren Feinden gerettet. Bis jetzt haben wir jedoch noch nichts ernstlich unternommen, sie vor unseren [Verbündeten] — den Russen — zu retten.“ Bullitt fuhr fort: „Der Appetit der Sowjetunion nach fremden Ländern ist weit größer als der jeder anderen Nation, da dieser Appetit weder durch Menschlichkeit noch durch Sittlichkeit gezügelt wird. In den Gebieten, welche die Sowjetunion kontrolliert, werden die politischen Dissidenten, gleich welcher Klasse sie angehören, entweder sofort ermordet oder durch Zwangsarbeit in den sicheren Tod getrieben ... zum Schluß werden die Opfer zu einer terrorisierten Masse verzweifelter Menschen erniedrigt, die gezwungen sind, zur Wahlurne zu gehen, um dort einen von den Sowjets ausgesuchten Kandidaten zu wählen, da ihnen sonst die Brotkarte — ihre Lebenserlaubnis — entzogen wird. Mit diesen Methoden hat sich die Sowjetunion schon Estland, Lettland, Litauen und Ostpolen einverleibt.“¹²²

Die führenden westlichen Politiker betrachteten die Sowjetunion mit Sorge. In bezug auf das Schicksal der Polen und Balten schrieb Präsident Truman am 6. Januar 1946 an Byrnes: „Wenn man Rußland nicht mit einer eisernen Faust und fester Sprache entgegentritt, wird sich ein neuer Krieg anbahnen ... Ich glaube, wir sollten keine Kompromisse mehr schließen ... Ich habe es satt, die Sowjets zu verhätscheln.“¹²³

Die Wirklichkeit zeigte nun ihr wahres Gesicht. Die Vereinigten Staaten und England wurden sich nun des ganzen Ausmaßes der politischen und ideologischen Fehler bewußt, die sie während des Krieges begangen hatten. England, welches das Baltikum opfern wollte, hatte nun sein ganzes Reich verloren. Die westlichen Zivilisationen befanden sich in einem Verteidigungszustand, und die Glaubwürdigkeit der westlichen Alliierten stand im Zweifel. Das demokratische System, wofür sie angeblich ge-

121) Byrnes (wie Anm. 99), S. 112—114.

122) W. C. Bullitt: *The Great Globe Itself. A Preface to World Affairs*, New York 1946, S. 45 f., 100 f.

123) Truman (wie Anm. 113), Bd. I, S. 551; Meissner (wie Anm. 118), S. 79; Hillmann: *Mr. President. The First Publication from his Personal Diaries, Private Letters, Papers and Revealing Interviews*, New York 1960, S. 21 f.

kämpft hatten, war nun stark gefährdet. Ihre frühere Zusammenarbeit mit den Sowjets wurde durch den „Kalten Krieg“ abgelöst. Der Rechtsstatus der unabhängigen baltischen Republiken jedoch, der von 1943 bis 1945 so sehr gefährdet war, verbesserte sich wesentlich von 1947 an.

Summary

England's Policy toward the Baltic States 1940—1946

Since the end of World War I the Baltic nations considered England as their principal benefactor and protector. England had considerable trade interests in the Baltic countries and she wanted to see the outlets of the Russian western trade under control of the countries friendly to England. In 1925, England limited its sphere of influence in Europe as far as the Rhine line only, but a fiction of English predominance in the Baltic area remained until 1939. After the Baltic States had been forced to accept Soviet bases on their territory, the British Government regarded these states as practically lost. When the Soviets fully occupied them in 1940, the British decided to follow their own naked interests. They still hoped to lure the Soviets away from Nazi Germany. In order to protect their own sizeable investments in the Baltic States, on July 29, 1940, they placed an embargo on considerable Baltic funds in Great Britain, amounting to approx. £ 4,848,000 and 559,474 oz. of gold. On October 23, they also requisitioned 24 Baltic ships in British ports. On August 8, 1940, England decided not to recognize Soviet sovereignty in the Baltic area for a while. The situation changed, when Germany invaded the Soviet Union. When the Anglo-Soviet treaty was signed on May 20, 1942, the names of the Baltic ministers and their staffs were removed from the diplomatic lists, but they were allowed to retain diplomatic status as private individuals. Until October 5, 1942, the Americans remained staunch supporters of the Balts, but when Roosevelt started to realise that the Soviets did not intend to give up their Baltic conquests without a war, the strongest defenders of the Baltic cause were removed from their posts in the US Department of State. At the conferences of Teheran and Yalta the Baltic question was not discussed. Toward the end of March, 1945, the British statesmen started to recognize the Soviet danger in Europe, but they could not convince accordingly the American military leadership. On May 12, 1945, however, the Western Allies placed the Baltic refugees under their protection and in October of the same year formally declared non-recognition of Soviet sovereignty in the Baltic republics. In December, 1945, they also refused to send 105 captured Baltic ships to Soviet ports. The Baltic states have not been recognized as a Soviet possession ever since.